Samuel Salzborn & Sebastian Voigt

Antisemiten als Koalitionspartner?
Die Linkspartei zwischen antizionistischem Antisemitismus und dem Streben nach Regierungsfähigkeit

Kurzfasssung: In jüngerer Vergangenheit nehmen antisemitische Positionierungen innerhalb der Partei „Die Linke" deutlich zu. Diese Entwicklung, die ihren vorläufigen Höhepunkt im Jahr 2010 hatte, wird nachgezeichnet und die Bedeutung eines vor allem antizionistisch ausgerichteten Antisemitismus herausgearbeitet. Die These ist, dass der antizionistische Antisemitismus innerhalb der „Linken" inzwischen zu einer weitgehend konsensfähigen Position geworden ist. Die besondere Brisanz dieser Positionsverschiebungen innerhalb der PDS- und WASG-Nachfolgepartei besteht darin, dass die „Linke" immer mehr nach Regierungsbeteiligung strebt und so – aufgrund ihres Stimmenpotenzials vor allem im Osten Deutschlands – die Möglichkeit auf die Agenda tritt, dass erstmals in der bundesdeutschen Geschichte eine Partei in Regierungsverantwortung stehen könnte, die sich – seit 2010 – affirmativ zum Antisemitismus positioniert.

Die in diesem Aufsatz formulierte These kratzt an einem Tabu: dem des linken Antisemitismus. Obgleich in zahlreichen Studien historische Ausprägungen von linkem Antisemitismus untersucht worden sind, scheint die Affinität zu antisemitischen Positionen im rechten und rechtsextremen Spektrum offenkundig, die im linken und linksextremen wirkt hingegen eher als Rand- oder Ausnahmeerscheinung (ausführlicher Globisch 2008). Angesichts der jüngeren Entwicklungen innerhalb der Partei „Die Linke" wollen wir hier exemplarisch zeigen, dass linke Selbstimprägnierungsstrategien darüber hinwegtäuschen, dass sich sogar im parlamentarischen Spektrum der bundesdeutschen Linken inzwischen eine Kraft etabliert hat, die – obgleich sie nach Regierungsfähigkeit strebt – antisemitische Positionen in ihren Reihen toleriert. Hinsichtlich konkreter *policies,* insbesondere der internationalen Politik, scheinen diese innerparteilich immer dominanter zu werden und prägen inzwischen die äußere Wahrnehmbarkeit der Partei.
Denn die parteiinternen Kontroversen über die Haltung der „Linken" zum Nahostkonflikt, die verbunden ist mit einer Dämonisierung der Politik Israels und einer einseitigen Parteinahme zugunsten der Palästinenser, bis hin zu einer offenen Solidarisierung mit den terroristischen Kräften innerhalb dieses Spektrums (Buchholz 2006), ist seit Anfang des Jahres 2010 zunehmend zur konsensfähigen Position der Bundespartei geworden (Gehrcke/Freyberg/Grünberg 2009; Hawel/Blanke 2010) . Kritische Stimmen – die sich auf einen Dialog und eine ausgewogene

Auseinandersetzung mit dem Thema hin orientieren (Gysi 2008) – verlieren immer mehr an Bedeutung und sind kaum noch zu vernehmen.
Nun ist das Themenfeld des Antisemitismus, zumal in seiner antizionistischen bzw. antiisraelischen Spielart stets ein vermintes Gelände, da neben der inhaltlichen Diskussion immer auch eine Form von politische Skandalisierung mitschwingt (Rensmann 2004); gleichwohl kann inzwischen davon ausgegangen werden, dass ein antizionistischer Antisemitismus die öffentlichkeitswirksamen Positionierungen der Partei „Die Linke" dominiert. Diese Haltung ist zugleich in der sozialwissenschaftlichen Forschung deutlich zu wenig reflektiert worden. Dies ist von exponierter Bedeutung, als gerade unter dem Blickwinkel einer kritischen Extremismusforschung diese Wende in der Partei „Die Linke" deshalb Beachtung verdient, weil sie damit letztlich ihr Ziel, politische Verantwortung in der Bundesrepublik zu übernehmen, fundamental in Frage stellt (Bartsch 2010): eine Partei, die sich explizit zu einer Artikulationsform des Antisemitismus bekennt, hat in der bisherigen Geschichte der Bundesrepublik noch nie auf Bundesebene in Regierungsverantwortung gestanden.
Dass die Extremismusforschung dieser Entwicklung in der Partei „Die Linke", die wir im folgenden genauer analysieren wollen, noch so gut wie keine Aufmerksamkeit gewidmet hat, ist letztlich der Sache selbst geschuldet: wir haben es mit einem sehr jungen Phänomen zu tun. Die zentralen politischen Verlautbarungen und Beschlüsse datieren auf das Jahr 2010. Von den jüngeren Studien über die Partei „Die Linke" (exempl. Jesse/Lang 2008; Jun/Kreikenbom/Neu 2006; Malycha/Winters 2009; Spier/Butzlaff/Micus/Walter 2007) hat lediglich Viola Neu (2009) den antisemitischen Tendenzen größere Aufmerksamkeit gewidmet, allerdings datiert ihre Studie noch vor den Schlüsselereignissen des Jahres 2010 und analysiert noch vor allem die Ambivalenzen innerhalb der „Linken" mit Blick auf den Nahostkonflikt, die – letztlich im Kontext der so genannten Gaza-Flottille des Frühsommers 2010 – sich mehr und mehr zu Eindeutigkeiten gewandelt haben. Die Anfänge der antisemitischen Entwicklungen in der Partei „Die Linke" hat überdies auch Peter Ullrich (2008) in den Blick genommen, der bereits erste Nuancen einer Radikalisierung in Richtung eines antizionistischen Antisemitismus aufgrund einzelner Äußerungen von Funktionsträger(inne)n der Partei beschreibt.
Dieser Wandlungsprozess soll Thema unseres Beitrags sein. Zunächst wird es darum gehen, eine knappe Skizze über Begriff und Geschichte des linken Antisemitismus in der Arbeiterbewegung und vor allem in den beiden deutschen Staaten seit 1945 zu formulieren, um so die historischen Kontexte der Entwicklungen innerhalb der Partei „Die Linke" kenntlich zu machen. Daran anknüpfend sollen die programmatischen und konzeptionellen Entwicklungen innerhalb der Partei „Die Linke" dargestellt und diskutiert werden, die uns zu der These Anlass geben, dass

der antizionistische Antisemitismus nicht mehr nur eine Strömung innerhalb der Partei ist, sondern sich auf Bundesebene zunehmend zur handlungsleitenden Positionierung verdichtet.
Der Begriff des antizionistischen bzw. antiisraelischen Antisemitismus ist innerhalb der sozialwissenschaftlichen Antisemitismusforschung vielfältig diskutiert worden (Chesler 2003; Fechler u. a. 2006; Laqueur 2006; Rabinovici u. a. 2004) und gilt als eine der wesentlichen Spielarten des linken Antisemitismus (Gessler 2004: 83 ff.; Kloke 1994). In der Arbeitsdefinition der Europäischen Union sind dabei die zentralen Charakteristika als Elemente eines antizionistischen bzw. antiisraelischen Antisemitismus zusammengefasst, die sozialwissenschaftlich als gegenwärtiger Minimalkonsens innerhalb der Antisemitismusforschung angesehen werden können. Als Kernbestandteile eines antizionistischen Antisemitismus werden hier genannt:

- „Das Abstreiten des Rechts des jüdischen Volkes auf Selbstbestimmung, z.B. durch die Behauptung, die Existenz des Staates Israel sei ein rassistisches Unterfangen.
- Die Anwendung doppelter Standards, indem man von Israel ein Verhalten fordert, das von keinem anderen demokratischen Staat erwartet und verlangt wird.
- Das Verwenden von Symbolen und Bildern, die mit traditionellem Antisemitismus in Verbindung stehen (z.B. der Vorwurf des Christusmordes oder die Ritualmordlegende), um Israel oder die Israelis zu beschreiben.
- Vergleiche der aktuellen israelischen Politik mit der Politik der Nationalsozialisten.
- Das Bestreben, alle Juden kollektiv für Handlungen des Staates Israel verantwortlich zu machen." (EUMC 2004; deutsche Übersetzung: European Forum on Antisemitism)

Obgleich gerade in theoretisch-konzeptioneller Hinsicht noch weiterer Spezifizierungsbedarf dieser Arbeitsdefinition besteht (Salzborn 2010), soll sie für unsere Analyse des antizionistischen bzw. antiisraelischen Antisemitismus in der Partei „Die Linke" zu Grunde gelegt werden.

1. Historischer Hintergrund

Die Frage nach der historischen Existenz eines genuin linken Antisemitismus stellt sich im Kontext dieses Beitrags als die nach der Grundlage für den heutigen antizionistischen Antisemitismus in der Partei „Die Linke". Unabhängig von den aktuellen parteiinternen Auseinandersetzungen über deren grundsätzliche Ausrichtung lassen sich zwei geschichtliche Traditionen benennen, die ihren

Ursprung bilden und die in den beiden Parteien „Partei des Demokratischen Sozialismus" (PDS) und der „Wahlalternative Soziale Gerechtigkeit" (WASG) manifest werden, deren Fusion zur Gründung der Partei „Die Linke" führte: die DDR und die westdeutsche Linke. Beide wiederum hatten in der deutschen Arbeiterbewegung ihren historisch-theoretischen Referenzpunkt (Kinner 2010a, 2010b).

a) Theoretische Referenzpunkte: Marx und Kautsky

Die Frage der Judenemanzipation war bereits im Vormärz eine heftig diskutierte Thematik. Die sozialistische Diskussion beginnt 1844 mit der Schrift *Zur Judenfrage* von Karl Marx. Marx befürwortete im Gegensatz zu vielen anderen die politische Emanzipation der Juden, merkte aber an, dass diese nicht mit der allgemein menschlichen Emanzipation verwechselt werden dürfe. Die Judenfrage sei zu einer wirklich weltlichen Frage geworden, deren gesellschaftlichen Grundlagen offen gelegt werden müssten. Marx schrieb: „Welches ist der weltliche Grund des Judentums? Das *praktische* Bedürfnis, der *Eigennutz*. Welches ist der weltliche Kultus des Juden? Der *Schacher*. Welches ist sein weltlicher Gott? Das *Geld*." (1844: 372) Die Lösung bestehe folglich in der Aufhebung der säkularen Basis des Judentums. Es bedürfe dazu einer vollständigen Umwälzung der Gesellschaftsordnung, also der Abschaffung des Privateigentums.
In der sozialistischen Diskussion wurde die Marxsche Position jahrzehntelang unkritisch rezipiert und als erste wissenschaftliche Auseinandersetzung mit der Judenfrage gesehen. (Heller 1931; Mohrmann 1972) Andererseits wurde Marx offener Antisemitismus vorgeworfen (exempl. Silberner 1983) Die Schrift blieb lange Zeit der kanonische Bezugspunkt für die Debatte über die Judenfrage in der Arbeiterbewegung und ist es zum Teil bis heute.
Die Schrift *Rasse und Judentum* von Karl Kautsky stellt den zweiten wichtigen historisch-theoretischen Referenzpunkt innerhalb linker Selbstverständigungsdiskussionen dar und markierte historisch den Abschluss der Diskussion der Zweiten Internationale, da der Erste Weltkrieg die Bedingungen der sozialistischen Bewegung völlig verändert hatte. Lange Zeit war Kautsky der wichtigste Theoretiker des Marxismus. Seine Position zur Judenfrage ist nur vor dem Hintergrund der zeitgenössischen Entwicklungen zu verstehen. Im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts wandelte sich der Antisemitismus qualitativ. Der traditionelle christliche Antijudaismus wurde von einem rassisch geprägten Antisemitismus abgelöst. Auch die antisemitische Bewegung wurde immer stärker. Im Jahre 1894 kam es in Frankreich zur Dreyfus-Affäre (Fuchs/Fuchs 1994). Nachdem die internationale Arbeiterbewegung zuerst eine abwartende Haltung eingenommen

hatte, weil sie die Affäre als eine Auseinandersetzung innerhalb der Bourgeoisie interpretierte, verurteilten schließlich einige namhafte Führer der Arbeiterbewegung den Antisemitismus. Im Jahre 1896 veröffentlichte Theodor Herzl auch als Konsequenz aus der Affäre das Buch *Der Judenstaat*, das die theoretische Begründung des Zionismus darstellte. Für Herzl war die Assimilation der Juden in Europa gescheitert, weil selbst im Land der bürgerlichen Revolution von 1789 der Antisemitismus derart stark war.

Der Gegensatz zwischen Zionismus und Assimilation, die Frage, ob die Juden ein Volk seien oder nicht, und das Verhältnis von Marxismus und nationaler Frage wurden in der internationalen Arbeiterbewegung intensiv diskutiert (Löwy 1999). In diesem Kontext ist auch die einflussreiche Schrift von Kautsky zu verorten. Kautsky sah die Juden nicht als Rasse, sondern als erbliche Kaste, deren Sonderstellung durch die ökonomische Rolle bedingt sei. Diese habe die Juden zum Wucher und Hausierhandel gezwungen. Erst die Entstehung des Kapitalismus habe eine günstigere Situation geschaffen. Das Streben nach Emanzipation der Juden in den industrialisierten Ländern sei also das notwendige Nebenprodukt des Aufkommens der demokratischen Staatsform und der kapitalistischen Gesellschaftsformation. Durch Mischehen und eine zunehmende Abkehr von religiösen Traditionen zeige das Judentum als Religion Auflösungserscheinungen. Dieser Entwicklung stehe aber der Antisemitismus entgegen, den Kautsky ökonomistisch erklärt.

In Osteuropa sei die Situation anders. Dort hätten sich die Juden nicht assimiliert, sondern ihre kulturelle Identität bewahrt. Durch die Migration von Ostjuden in den Westen werde einerseits der Antisemitismus angeheizt, andererseits entstehe eine zunehmende Kluft innerhalb des Judentums und die Klassengegensätze träten klar zutage. Deshalb sei eine Instrumentalisierung des Antisemitismus für sozialistische Ziele nicht mehr möglich, wie von vielen sozialistischen Theoretikern angenommen wurde. Der Antisemitismus sei „eine Abart des Kampfes gegen das Proletariat, die feigste und brutalste seiner Abarten, er ist die Sozialistenfresserei des dummen Kerls von Wien geworden." (Kautsky 1914: 104)

Die Juden hätten nun verschieden auf die neue Situation reagiert. Der eine Teil habe sich dem Sozialismus zugewandt, der andere dem Zionismus (Keßler 1994). Kautsky sieht den Zionismus jedoch als Komplizen des Antisemitismus, da beide eine Absonderung der jüdischen Bevölkerung anstrebten. Die Ideen des Zionismus hielt er für utopisch. Somit könne der Zionismus die Probleme nicht lösen, sondern verlagere sie nur in den Nahen Osten. Er brächte in Palästina lediglich ein „Weltgetto" (Kautsky 1914: 114) hervor und schade letztendlich dem Sozialismus, da er die Juden an der Teilnahme am Klassenkampf hindere. Allein der Sieg des Proletariats sei der Weg zur wahren Emanzipation der Juden.

Die gesamte Diskussion zur Judenfrage in der Arbeiterbewegung zeichnet sich dadurch aus, dass rein ökonomistisch argumentiert wurde und die Gefährlichkeit des Antisemitismus stark unterschätzt wurde. Nicht selten wurde argumentiert, dass der Antisemitismus ungewollt den Sozialisten in die Hände spiele, weil er die Feindschaft der Massen gegen Auswüchse des Kapitalismus, wie Geld und Finanzkapital, anstachle. Der Zionismus als politische Emanzipationsbewegung der Juden wurde abgelehnt, weil nur die sozialistische Revolution zur Lösung der Judenfrage führen könne.

b) Linker Antisemitismus in Ost- und Westdeutschland

Der Massenmord an den europäischen Juden hat die Positionen der sozialistischen Theoretiker auf grausame Weise widerlegt. Dennoch wirken sie in der linken Diskussion bis heute fort und vor allem die antizionistische Haltung ist lange Zeit ein integraler Bestandteil linker Identität gewesen und ist dies teilweise bis heute. Während Kautsky seine Kritik am Zionismus noch mit der Perspektive einer universellen Aufhebung der Diskriminierung und Unterdrückung verband, ist der Antizionismus gerade in Teilen der Partei „Die Linke" zu einem Ressentiment geworden, das häufig antisemitische Züge aufweist.
Die Vorzeichen der Diskussion in der politischen Linken und der Arbeiterbewegung haben sich dabei nach dem Nationalsozialismus und Auschwitz vollkommen verändert. Während ein kleiner Teil der linken Intellektuellen aus dem Kreis der Kritischen Theorie den Zivilisationsbruch (Diner 1996) in den Mittelpunkt der Reflexion stellte und eine Neubestimmung der Gesellschaftsanalyse vornahm (Adorno/Horkheimer 1947), hielt die Mehrheit der traditionellen Linken an ihrem Weltbild fest und beurteilte die neue gesellschaftliche Situation mit den Kategorien der Arbeiterbewegung. Die Judenfrage, die nach dem Massenmord tabuisiert war, wurde bald durch die Frage nach dem Verhältnis zum jüdischen Staat Israel abgelöst, das bis heute für ständige Kontroversen sorgt.
Die Anfangs positive Haltung in der westdeutschen Linken nach 1945 gegenüber Israel kippte mit dem Sechs-Tage-Krieg 1967 in ihr Gegenteil um (ausführlicher Kloke 1994). Das Existenzrecht Israels wurde negiert und Israel als ‚zionistisches Staatengebilde' bezeichnet. Dieser nur schwach als Antizionismus kaschierte Antisemitismus wurde in einigen Fällen auch in die Tat umgesetzt. Die *Tupamaros Westberlin* verübten am 9. November 1969, dem Jahrestag der Reichspogromnacht, einen Brandanschlag auf das jüdische Gemeindehaus in Westberlin (Kraushaar 2005). Diese Aktion sollte Solidarität mit dem als Speerspitze der antiimperialistischen Revolution bewerteten Kampf der Palästinenser demonstrieren. Von den zahlreichen antisemitische Aktionen der westdeutschen Linken seien hier

lediglich noch zwei weitere erwähnt: 1976 entführte ein palästinensisch-deutsches Kommando ein Flugzeug nach Entebbe und selektierte die Passagiere in Juden und Nicht-Juden. 1983 erschien ein „Grüner Kalender" mit der Überschrift: „Israel die Mörderbande", unter der es hieß: „Angesichts der zionistischen Gräueltaten verblassen jedoch die Nazigräuel und die neonazistischen Schmierereien, und nicht nur ich frage mich, wann den Juden ein Denkzettel verpasst wird, der sie aufhören lässt, ihre Mitmenschen zu ermorden [...]." (zit. n. Geisel 1984: 21)
In der DDR gestaltete sich die Situation anders (Timm 1997; Voigt 2008; Kahane/Radvan/Leo 2010; aus linker Perspektive Pätzold 2010) Aufgrund des Selbstverständnisses als antifaschistischer Staat und der orthodox-kommunistischen Auffassung vom Charakter des Nationalsozialismus stand die Ermordung der europäischen Juden nie im Zentrum der Erinnerungspolitik (kritisch hierzu Joseph 2010), gedacht wurde primär der kommunistischen Widerstandskämpfer. Einer der Hauptgründe für diese Haltung war die hegemoniale Faschismusanalyse in der DDR, die auf dem Diktum von Georgi Dimitroffs aus dem Jahre 1933 basierte, der Faschismus sei „die offene terroristische Diktatur der am meisten reaktionären, chauvinistischen und imperialistischen Elemente des Finanzkapitals." (zit. n. Wippermann 1997: 21) Der Nationalsozialismus erschien in dieser Analyse als die Verschwörung einer kleinen Gruppe von Finanzkapitalisten. Dadurch werden die Massenunterstützung für das System und die aktive Teilnahme großer Teile der deutschen Bevölkerung an den Verbrechen ausgeblendet. Des Weiteren wird der Antisemitismus nicht als zentrale Ideologie des NS-Staates verstanden, die eine auf Vernichtung zielende Eigendynamik entfaltete. Vielmehr wurde er als ‚Überbauphänomen' abgetan, das der Bourgeoisie dazu diene, das Proletariat zu spalten. Als angemessene Konsequenz aus dem Nationalsozialismus erschienen somit die Verstaatlichung der Produktionsmittel und eine Bodenreform. In dieser Hinsicht war das antifaschistische Selbstverständnis der DDR eine staatliche Legitimationsideologie, die zur Feindschaft gegen Israel und zur Unterstützung arabischer Diktatur als Verbündete im antiimperialistischen Kampf diente.
Die vehement antiisraelische und pro-arabische Außenpolitik ist zum einen dem Kontext des Kalten Krieges geschuldet, in dem die DDR sich den Maßgaben der Sowjetunion unterzuordnen hatte (Lustiger 1998). Die DDR zielte zugleich darauf, die diplomatische Isolierung zu durchbrechen und den Alleinvertretungsanspruch der BRD zu unterminieren. Die machtpolitische Konstellation der Blockkonfrontation stellt jedoch keine ausreichende Erklärung für die Feindschaft der DDR gegen Israel dar. Der antisemitische Antizionismus resultierte vielmehr aus einer Ideologie, die in enger Verbindung zur nationalsozialistischen Vergangenheit stand. Nur so ist die Vehemenz des Antizionismus und die Gleichsetzung von Israel mit Nazi-Deutschland

zu verstehen, die deutlich über eine politisch motivierte Kritik an Israel hinausging (Haury 2002).

2. Der antizionistische Antisemitismus der Partei „Die Linke"

Die grundlegenden Prinzipien eines großen Teils der Partei „Die Linke" sind der Antiimperialismus und damit einhergehend die radikale Gegnerschaft zum Staate Israel, die bisweilen verdeckt, aber nicht selten auch offen antisemitisch formuliert wird. Diese Ideologie scheint innerhalb der Partei vorherrschend geworden zu sein. Das aktuellste Beispiel dafür sind die Vorfälle rund um das Gaza-Solidaritätsschiff „Mavi Marmara". Diese könnten sich langfristig als entscheidend für die weitere Entwicklung der Partei „Die Linke" erweisen, so dass der Journalist Ivo Bozic (2010) sogar schon von der Entstehung einer „Mavi-Marmara-Linken" sprach und vor einer „links-jihadistischen Querfront" warnte.

a) Die Gaza-Flotille

Ende Mai 2010 setzte sich ein Schiffskonvoi in Richtung Gaza in Bewegung. Maßgeblich wurde er von der türkischen Organisation „Insan Hak ve Hürriyetleri ve İnsani Yardım Vakfı" (IHH) organisiert, die in engem Kontakt zu islamistischen Organisationen steht und Teil eines weltweit agierenden Netzwerks ist. Nach Untersuchungen von Evan Kohlmann (2006), der für das „Danish Institute for International Studies" einen Bericht verfasste, ließ die IHH radikalen Islamisten in Afghanistan, Bosnien und Tschetschenien logistische und finanzielle Unterstützung zukommen. Wie Kohlmann ausführt, finden sich nach einem Bericht des französischen Geheimdienstes, der sich auch auf Angaben türkischer Behörden stützt, Terroristen in den obersten Rängen der IHH und Mitglieder der Organisation haben sich islamistischen Terrororganisationen angeschlossen (Kohlmann 2006). Am 12. Juli 2010 wurde der deutsche Ableger der IHH, die „Internationale Humanitäre Hilfsorganisation e.V." von Innenminister Thomas de Maizière verboten, da sie „unter dem Deckmantel der humanitären Hilfe bewusst und gezielt Organisationen unterstützt, die der Hamas zuzurechnen sind oder die ihrerseits die Hamas unterstützen", wie es in der Pressemitteilung des Bundesinnenministeriums heißt (BMI 2010). Zwar distanzierte sich die türkische IHH von der deutschen Organisation, die sich 1997 von dieser abspaltete. Allerdings haben beiden Organisationen denselben Ursprung und unterhalten nach Angaben des Verfassungsschutzes Kontakte zur radikal-islamistischen Gruppierung Millî Görüş. Bereits beim Auslaufen der Gaza-Solidaritätsschiffe aus dem Hafen von Istanbul wurden von einer Menge, die die Flottille verabschiedete, antisemitische Gesänge

angestimmt. Gerufen wurde unter anderem „Erinnert Euch an Khaibar, Khaibar, oh Juden! Die Armee Mohammeds wird zurückkehren!" (PMW 2010) Damit sollte an das Niedermetzeln eines jüdischen Stammes durch die Armee Mohammeds erinnert werden.
An Bord der Schiffe befanden sich rund 70 Prominente, darunter etwa der schwedische Autor Henning Mankell und die irische Friedensnobelpreisträgerin Mairead Corrigan. Auch zwei aktuelle und ein früherer Parlamentarier des Deutschen Bundestages befanden sich an Bord der Mavi Marmara. Alle gehören der Partei „Die Linke" an: Annette Groth, Inge Höger und Norman Paech.
Die israelische Regierung hatte schon im Vorfeld der Flottille angekündigt, dass sie eine Durchbrechung der Blockade nicht zulassen und dies, wenn nötig, mit allen Mitteln verhindern werde. Stattdessen wurde von ihr das Angebot unterbreitet, die Hilfsgüter im israelischen Hafen Aschdod zu entladen und nach einer Sicherheitsüberprüfung auf dem Landweg nach Gaza zu bringen (MFA 2010). Dies wurde von den Organisatoren des Free-Gaza-Movements zurückgewiesen. Auf die Warnungen der israelischen Marine, die per Funk übermittelt wurden, antwortete ein Aktivist auf den Schiff mit „Geht zurück nach Auschwitz" und „Wir helfen den Arabern gegen die USA. Vergesst ‚9/11' nicht, Jungs." (Borgstede 2010)
Am 31. Mai 2010 eskalierte die Situation, als ein Kommando der israelischen Armee das Schiff Mavi Marmara stürmte. Es kam zu gewalttätigen Auseinandersetzungen, bei denen neun türkische Passagiere das Leben verloren. Über den genauen Ablauf existieren sehr unterschiedliche Schilderungen, allerdings kann als sicher gelten, dass Aktivisten auf den Schiffen die israelischen Soldaten mit Messern, Eisenstangen, Zwillen und Stöcken angriffen. Vier Soldaten wurden überwältigt, gefangen genommen und unter Deck gebracht. Einige Bilder davon wurden später von der Zeitung *Hürriyet* veröffentlicht (Hürriyet 2010). Zugleich gibt es Aufnahmen vom israelischen Militär, die den brutalen Angriff auf die Soldaten dokumentieren (IDF 2010). Die Authentizität dieser Bilder und des Audiomaterials wird bis heute von den Unterstützern des Konvois in Frage gestellt und als israelische Propaganda abgetan.

b) Die Reaktion der Partei „Die Linke"

Die deutschen Parlamentarier wurden von der israelischen Armee festgenommen, aber kurz danach wieder freigelassen. Es ist interessant zu fragen, was nach ihrer Rückkehr nach Deutschland passierte. Die Abgeordneten mussten sich keineswegs innerhalb ihrer Partei dafür rechtfertigen, dass sie mit radikalen Islamisten und proto-faschistischen Organisationen zusammen gearbeitet haben, die reaktionär sind und die fundamentalsten Menschenrechte missachten.

Nach ihrer Rückkehr wurde vielmehr eine Pressekonferenz einberufen, auf der eine der Vorsitzenden der Partei „Die Linke", Gesine Lötzsch, ihren Stolz über die Aktion zum Ausdruck brachte und den Einsatz der israelischen Armee als „Verbrechen" bezeichnete (Die Linke 2010; kritisch dazu Vitzthum /Hollstein/Wolff 2010). Inge Höger sagte auf der Pressekonferenz, sie habe sich wie im Krieg gefühlt, allerdings nichts von dem Angriff mitbekommen, weil sie auf dem Frauendeck eingeschlossen war. Dies sei aber wohl zu ihrem Schutz geschehen. Annette Groth sprach von einem „geplanten killing" der israelischen Armee und merkt an, dass „der vergessene Krieg" in Gaza nun wieder auf der internationalen Agenda stehe. Sie fügt hinzu, dass „vielleicht erst so viele Leute sterben mussten", damit das geschehe. Der ehemalige außenpolitische Sprecher der Partei und emeritierte Professor für Völkerrecht, Norman Paech nennt den israelischen Einsatz einen „Akt der Piraterie", der „vollkommen unverhältnismäßig" sei. Die israelischen Soldaten seien nur leicht verletzt worden und es habe auch keine Messer oder Eisenstangen an Bord gegeben. Wörtlich sagt er, dass er persönlich „nur zweieinhalb Holzstöcke" gesehen habe, eine Position, die er in zahlreichen Interviews wiederholte (Neunert 2010).
Die einzige wahrnehmbare Stimme innerhalb der Linkspartei, die ihre Kollegen kritisierte, war Petra Pau, die Vizepräsidentin des Bundestages. Sie verfasste einen Brief an die Jüdische Gemeinde in Bremen, in dem sie ihre Position zur Gaza Flottille darlegte (Pau 2010). Die Aktion habe die Hamas gestärkt und sei einem Frieden im Nahen Osten nicht dienlich gewesen. Außerdem sei mindestens eine türkische Organisation beteiligt gewesen, die in einem „pro-faschistischen Ruch" stehe. Eine Teilnahme sei deshalb für Linke inakzeptabel. Pau selbst sah sich danach einem Ansturm der Kritik aus den Reihen der Partei „Die Linke" ausgesetzt. Höger, Groth und Paech schrieben ihr einen Offenen Brief, in dem sie ihre Beteiligung rechtfertigten und alle Kritikpunkte von Pau zurückwiesen (Groth/Höger/Paech 2010) Außerdem reisten die drei Parlamentarier in viele Städte, um ihre Erlebnisse aus erster Hand zu schildern. Nicht selten wurden diese Veranstaltungen zur antisemitischen und antiisraelischen Propaganda genutzt. In einer Diskussion in Hamburg, die von dem Linken MdB Jan van Aken organisiert wurde, machte ein Zuhörer unter dem Gejohle des Publikums den Vorschlag, dass der nächste Konvoi doch von der türkischen Armee geschützt werden und so dem „faschistischen Regime in Israel eins vor den Latz geknallt" werde könne. Norman Paech nannte dies „eine Idee" und ging so weit vorzuschlagen, dass das nächste Gaza-Schiff von der deutschen Marine begleitet werden könnte, die an der libanesischen Küste patrouilliert. Dies würde faktisch, das muss hervorgehoben werden, den Einsatz des deutschen Militärs gegen Israel bedeuten. Die Veranstaltung wurde von Radiojournalisten des *Freies Sender Kombinat* (FSK) in Hamburg aufgezeichnet

(FSK 2010). Trotz mehrmaliger Nachfragen wollte Aken zur mitgeschnittenen Veranstaltung nicht Stellung nehmen.
In einer Sendung von Report Mainz wurde Annette Groth von Journalisten damit konfrontiert, dass sie mit faschistischen und islamistischen Organisationen zusammengearbeitet habe. Einige Passagiere auf dem Schiff seien Mitglieder der rechtsextremen „Büyük Birlik Partisi" (BBP) gewesen. Diese Organisation steht den faschistischen „Grauen Wölfe" nahe. Als Beleg dafür führten die Journalisten eine Kleine Anfrage der Fraktion „Die Linke" aus dem Jahr 2007 an – also ein Dokument aus der eigenen Partei, in dem Groths Parteigenossen Ursula Jelpke, Sevim Dağdelen und Wolfgang Neskovic die Weltanschauung der aktuellen Bündnispartner der „Linken" folgendermaßen charakterisiert hatten: als „eine rassistisch-nationalistische Orientierung, Antisemitismus, Antikommunismus, eine stark islamisch gefärbte Ideologie, Gewaltbereitschaft und am Führerprinzip ausgerichtete totalitäre Strukturen"[1] Annette Groth antwortete darauf nur ausweichend. Im gleichen Beitrag kam Inge Höger zu Wort, die sagte, dass vielleicht islamische, aber keine islamistischen Organisationen an der Flottille teilgenommen hätten und Norman Paech sprach lediglich von humanitären Gruppen, die sich auf die Gewaltlosigkeit als Konsens geeinigt hätten. Alle hätten ihre „gewalttätigen Phantasien" an Land gelassen. Die israelische Darstellung wurde von den drei Parlamentariern immer wieder als Propaganda abgetan. (Report Mainz 2010) Sie inszenierten sich selbst als Opfer, die für eine gute Sache stritten. Im besten Falle sind ihre Äußerungen Ausdruck einer Haltung, die mit gutem Gewissens und aus voller Überzeugung meint, für eine bessere Welt und gegen Unterdrückung zu kämpfen. Dies wäre angesichts der Zusammensetzung der Flottille zwar naiv und wirklichkeitsfremd, allerdings wäre es etwas anderes als eine Handlung, die aus ideologischer Überzeugung resultiert. Es steht allerdings zu vermuten, dass die Zusammenarbeit der Partei „Die Linke" und anderer orthodoxer Linksradikaler mit islamistischen nicht auf Naivität zurückzuführen ist, sondern auf eine Veränderung der linken Ideologie nach dem Ende des Kalten Krieges hindeutet. Dies führte zu einer Zerstörung des linken Weltbildes und brachte die Notwendigkeit einer ideologischen Neuausrichtung hervor. Dies wird auch dadurch nahe gelegt, dass derartige Positionierungen lediglich den Höhepunkt einer längeren Entwicklung in der Partei „Die Linke" darstellen, die sich immer weiter zuzuspitzen scheint.

c) Die Vorgeschichte

Bereits im Jahre 2006 wollte der MdB der „Linken", Wolfgang Gehrcke, Repräsentanten der Hamas zu einer Konferenz nach Deutschland einladen. Letztlich

[1] BT-Drs. 16/7455.

wurde ihnen die Einreisevisa verweigert (Sahm 2006). Viele Anhänger der Linken sehen in der Hamas die legitime, demokratisch gewählte Regierung der Palästinenser. Die ideologische und zutiefst antidemokratische Struktur der Hamas wird ausgeblendet und der virulente Antisemitismus geflissentlich ignoriert. (vgl. die *Charta* der Hamas)

Während des Libanon-Kriegs im Jahr 2006 nannte die ehemalige Ideologin der trotzkistischen Gruppierung *Linksruck*, Christine Buchholz, die heute für die Partei „Die Linke" im Bundestag sitzt, in einem Interview mit der orthodox kommunistischen Tageszeitung *Junge Welt* Israel und die USA kriegshetzerische Staaten. Sie fuhr fort: „Auf der anderen Seite stehen in diesem Konflikt die Hisbollah, die Friedensbewegung in Israel und die internationale Antikriegsbewegung. Das ist die Seite, auf der auch ich stehe." (Buchholz 2006) Dass eine Politikerin der Linken sich ganz offen auf die Seiten der terroristischen, antisemitischen Hisbollah schlägt, verweist auf eine grundlegende Verschiebung in der linken Ideologie und Politik. Diese Positionierung sollte kein Einzelfall bleiben, sondern sich weiter radikalisieren: Der am 04.11.2008 angesichts des 70. Jahrestages der Reichpogromnacht im Deutschen Bundestag verabschiedeten Resolution „Den Kampf gegen Antisemitismus verstärken, jüdisches Leben in Deutschland weiter fördern" (der – bei einem Gegenantrag der Linkspartei – ansonsten interfraktionell eingebracht worden war) konnten elf Abgeordnete der „Linken" nicht zustimmen, darunter neben Wolfgang Gehrke, Inge Höger und Norman Paech auch die innenpolitische Sprecherin der Partei, Ursula (Ulla) Jelpke, der europapolitische Sprecher Dieter Dehm, die migrationspolitische Sprecherin Sevim Dağdelen und die bildungspolitische Sprecherin Cornelia (Nele) Hirsch.[2] Explizit lehnten die „Linken", wie sie in einer Erklärung feststellten, „die deklaratorische Feststellung, die Solidarität mit Israel entspreche der deutschen Staatsräson" ab, da mit dieser „nicht nur das Existenzrecht Israels" bestätigt werden solle, sondern sie dazu vielmehr dazu diene, „jegliche Kritik an der israelischen Politik für illegitim zu erklären."[3] In der Erklärung des Deutschen Bundestages war unter anderem die Solidarität mit Israel als „unaufgebbarer Teil der deutschen Staatsräson" beschrieben, das Verbrennen israelischer Fahnen auf Demonstrationen abgelehnt und die Solidarisierung mit „terroristischen und antisemitischen Gruppen wie der Hamas und der Hisbollah" scharf kritisiert worden. Wer sich mit diesen Kräften solidarisiere – so die einhellige Auffassung des Deutschen Bundestages, der die elf Linkspartei-Abgeordneten nicht zustimmten – „sprengt den Rahmen zulässiger Kritik an der israelischen Politik."[4] Kurze Zeit später veröffentlichte der ehemalige DKP-Funktionär Gehrcke, der zusammen mit Paech einer der federführenden Köpfe bei der antizionistischen

[2] Plenarprotokoll 16/185, S. 19768 D u. 19792 B.
[3] Plenarprotokoll 16/185, S. 19792 B.
[4] BT-Drs. 16/10775 (neu).

Neuausrichtung seiner Partei ist (beide nicht zuletzt in ihrer aktuellen bzw. ehemaligen Funktion als außenpolitische Sprecher der Bundestagsfraktion), zusammen mit Jutta von Freyberg und Harri Grünberg ein Buch mit dem Titel *Die deutsche Linke, der Zionismus und der Nahost-Konflikt* (2009) im Kölner PapyRossa Verlag, das nicht nur die hinlänglich bekannten israelfeindlichen Positionierungen reproduzierte, sondern auch mit einer erstaunlichen Referenz aufwartete: im Kapitel V mit dem Titel „Antizionismus, Antisemitismus, Wiedergutmachung" findet sich als Beleg zu den von der Bundesrepublik an Israel geleisteten Zahlungen in den 1950er Jahren der Verweis auf eine Arbeit mit dem Titel „Die Wiedergutmachung als Plan und Wirklichkeit. Die westdeutschen Zahlungen an Israel und das Weltjudentum", veröffentlicht in der rechtsextremen Zeitschrift *Deutschland in Geschichte und Gegenwart* (DGG) von Mark Weber. Man muss Weber, der Leiter des pseudowissenschaftlichen „Institute for Historical Review" in den USA und ein weltweit agierender Geschichtsrevisionist und Holocaust-Leugner ist, sicher nicht kennen, aber wenn man nur einmal einen Blick in eine Ausgabe der DGG im Original geworfen hätte, würde man unzweifelhaft deren Lokalisierung im geschichtsrevisionistischen und NS-verherrlichenden Milieu erkennen. Nicht umsonst wird die DGG regelmäßig im deutschen Verfassungsschutzbericht erwähnt. Auch der Begriff „Weltjudentum" sollte –sofern ein Minimum an Sensibilität für das Thema vorhanden ist – stutzig machen, da es sich bei ihm offensichtlich um eine antisemitische Vokabel aus dem Jargon des Nationalsozialismus handelt (Pfahl-Traughber 2010).

Die Sympathien für terroristische Organisationen, wie sie Buchholz bereits 2006 bekundet hatte, führten wenig später auch zu einer Amalgamierung des antiisraelischen und antizionistischen Ressentiments mit einer ähnlichem erinnerungspolitischen Affront, wie er bereits in der Ablehnung der Bundestagsresolution gegen Antisemitismus bestand: In der Gedenkveranstaltung des Deutschen Bundestages für die Opfer des Nationalsozialismus am 27. Januar 2010 sprach der israelische Staatspräsident Schimon Peres. Demonstrativ blieben mehrere Abgeordnete der Linkspartei nach der Ansprache von Peres, dessen Großvater von den Nazis ermordet wurde, sitzen, während sich das übrige Parlament erhob. Unter den Sitzenbleibern: wieder Dağdelen, die Peres nicht glauben wollte, dass der Iran Atomraketen besitze, die „angeblich" die Welt bedrohen und ihm außerdem unterstellte, seine Rede zur „ideologischen Vorbereitung auf einen Krieg gegen den Iran" genutzt zu haben (Dağdelen 2010a, 2010b), wieder Buchholz, die sich ebenfalls für den Iran stark machte und in warnenden Hinweisen von Peres eine „Kriegsdrohung des Westens" sah (Buchholz 2010), und Sahra Wagenknecht. Wagenknecht, immerhin stellvertretende Parteivorsitzende der Linkspartei, rechtfertigte ihr Verhalten im Nachhinein scheinheilig damit, nicht den Opfern der

Shoa das Gedenken zu verweigern, sondern gegen einen Staatsmann zu protestieren, der „selbst für Krieg mitverantwortlich" sei (Wagenknecht 2010).
Noch vor der Gaza-Flottille verabschiedete die Bundestagsfraktion der Partei „Die Linke" einen Beschluss, der den antizionistischen Kräften nachhaltig den Rücken stärkte und zugleich die wenigen parteiinternen Kritiker (wie etwa Petra Pau oder den Bundesarbeitskreis Shalom innerhalb der Jugendorganisation der Partei) in ihre Schranken wies. Der am 20. April 2010 von der Bundestagsfraktion mit nur einer Gegenstimme und fünf Enthaltungen verabschiedete Beschluss zum Nahost-Konflikt trug den Titel „Position der Fraktion Die Linke zum Nahost-Konflikt" und blieb in den überregionalen Medien weitgehend unbeachtet (Meisner 2010). Darin bekannte man sich zwar zu einem Existenzrecht Israels, das allerdings mit einer Fülle propalästinensischer Forderungen flankiert wurde, die faktisch Israels Existenz infrage stellen (Fraktion Die Linke im Deutschen Bundestag 2010): Denn wie ließe sich die Forderung nach einem souveränen palästinensischen Staat mit der Freilassung aller „politischen Gefangenen", dem Abbau der israelischen Grenzsicherungsanlangen und der sofortigen Öffnung des Gazastreifens interpretieren, wenn nicht als fundamentale Infragestellung des israelischen Selbstverteidigungsrechtes?
Den Gipfel bildete allerdings die Forderung der Linkspartei, die Hamas in politische Gespräche einzubeziehen. Denn in der *Charta* der Hamas ist die Vernichtung Israels ein ausgewiesenes Ziel, den ideologischen Kern der Organisation bilden Islamismus und Antisemitismus. Auch hier wurde erneut der offene Pakt mit einer antisemitischen Terrororganisation beschworen.

d) Die Nachgeschichte

Während die Entwicklungen innerhalb der Partei „Die Linke" *vor* der Teilnahme von zwei aktuellen und einem ehemaligen Bundestagsabgeordneten an der Gaza-Flottille auf eine Zuspitzung der Positionen innerhalb der Partei hindeuten, hat der antizionistische Antisemitismus der Partei *seit* der antiisraelischen Aktion noch eine zusätzliche innenpolitische Radikalisierung erfahren.
Den wohl markantesten Einschnitt bildete dabei die Diskussion um die finanzielle Unterstützung des Neubaus der Herforder Synagoge durch die Stadt Herford, über die der Stadtrat am 18.06.2010 zu befinden hatte. Die Herforder Linkspartei-Ratsfrau Erika Zemaitis stimmte als einzige gegen die Bezuschussung – ein für die Linkspartei bisher beispielloser Vorgang einer antisemitischen Positionierung. Nachdem das Verhalten der Parteifunktionärin nicht nur in der Lokalpresse Erwähnung gefunden hatte, sondern auch in einem Online-Portal, das sich kritisch mit Rechtsextremismus befasst, ausführlich darüber berichtet worden war (Kolthoff 2010), fühlte sich Inge

Höger – seinerzeit auch Kreissprecherin der „Linken" in Herford – bemüßigt, ihrer Parteigenossin Zemaitis zu widersprechen (Braun 2010).
Die von der „Linken" eingeschlagene Strategie, die Ablehnung des Zuschusses zum Synagogenneubau nun offiziell als Ablehnung eines „undifferenzierten Sparkurses der Stadt" darzustellen, offenbart sich aber schnell als Lüge: denn in derselben Erklärung ist die Rede davon, dass es „vorerst keinen Platz für das Partikularinteresse einer Religionsgruppe" geben könne (Zemaitis 2010), während wenige Wochen zuvor die „Linke" noch vehement die Jesidische Gemeinde bei ihrem Anliegen der Schaffung eines Kulturzentrums in Herford unterstützte: „Es darf nicht sein, dass Menschen sich in unserer Stadt nicht versammeln können, um ihren kulturellen oder religiösen Interessen nachzugehen. Diese Menschen leben und arbeiten hier unter uns und natürlich müssen sie auch einen geeigneten Treffpunkt haben." (Zemaitis, zit. n. Die Linke Herford 2010) Dies zeigt, dass die „Linke" hier – völlig unabhängig von Sparmaßnahmen der Stadt – explizit Partei ergriffen hat für eine Religionsgemeinschaft (die der Jesiden) und es somit um eine vorsätzliche und zielgerichtete Verweigerung der Unterstützung für eine *jüdische* Einrichtung ging.
Der damit zum Ausdruck kommende Antisemitismus bedient sich nun keiner Kaschierung mehr, sondern wird offen vorgetragen und erst nach dem überregional wahrnehmbaren Protest mühsam zu kaschieren versucht. Die Bezugnahme bei dieser antisemitischen Aktion auf die Gaza-Flottille wird dabei bemerkenswerter Weise von der „Linken" selbst formuliert. Zemaitis wies – ungefragt – darauf hin, dass ihre Ablehnung nicht in einem Zusammenhang mit der Beteiligung Högers an der Gaza-Flottille stehe und sie es insofern auch ablehne, dass „die Herforder Synagoge als pro-jüdisches ‚Gegenargument' instrumentalisiert" werde (Zemaitis 2010).
In eine ähnliche Richtung wies zudem eine Auseinandersetzung um eine linke Solidaritätsdemonstration in Bremen, die nach der Gaza-Flottille durchgeführt wurde. Während der Demonstration wurde unter anderem ein Transparent gezeigt, auf dem eine Karikatur zu sehen war, die einen Mann mit langem Bart und großer Nase zeigte, der mit einem bluttriefenden Messer einen Wal erlegt hatte, über dem das Wort „Hilfskonvoi" zu lesen war. Auf die Schiffermütze des Mannes war ein großer Davidstern gemalt. Während dies sogar für die Lokalpresse ein unmissverständlicher Fall einer Darstellung in „reinster Stürmer-Manier" (Holst 2010) und insofern die Analogiebildung zum nationalsozialistischen Antisemitismus offensichtlich war, warfen die Organisatoren der Jüdischen Gemeinde Bremen und der Bremer Bürgermeisterin (die einige Tage nach der Demonstration bei einer Podiumsdiskussion über das Transparent und die Gefahren eines neuen Antisemitismus diskutierten) vor, sie hätten in „totalitärer" Weise darauf verzichtet, die Veranstalter der linken Demonstration mit an dem Podium zu beteiligen. Überdies sei der Hinweis auf den Antisemitismus und die Kritik an der Demonstration lediglich mit

der Intention formuliert worden, von der „völker- und menschenrechtswidrigen Politik Israels“ abzulenken (Strohmeyer 2010).

3. Resümee

Die Entwicklungen des Jahres 2010 innerhalb der Partei „Die Linke“ sind beunruhigend. Es ist anzunehmen, dass sie ihre Position in der deutschen Parteienlandschaft in den kommenden Landtagswahlen 2011 konsolidieren oder weiter ausbauen wird. Die Linkspartei ist als Faktor der deutschen Politik nicht mehr wegzudenken.

Die Partei ist von internen Auseinandersetzungen zerrissen. Auf der einen Seite existiert ein pragmatisch orientierter Flügel, der sich vor allem aus ostdeutschen Abgeordneten zusammensetzt und sich im „Forum Demokratischer Sozialismus“ (FDS) zusammengeschlossen hat. Angestrebt werden eine Übernahme politischer Verantwortung und eine linksreformerische Politik. Dies bedeutet eine Öffnung hin zur SPD und den Grünen und eine klare Absage an orthodox-kommunistische Positionen. Eine klare Kritik am Realsozialismus formuliert auch die Strömung der „Emanzipatorischen Linken“ (Ema.li),die für radikaldemokratische und libertäre Grundsätze steht.

In den außenpolitischen Stellungnahmen der Partei „Die Linke“ haben allerdings die orthodox-kommunistischen Stimmen im letzten Jahr mehr und mehr die Oberhand gewonnen. Die moderaten Positionen in der Partei sind in der Öffentlichkeit kaum noch wahrzunehmen, was sich sich vor allem hinsichtlich des Nahost-Konflikts zeigt. Auch von Bundestagsabgeordneten der Linkspartei wird ein antizionistischer Antisemitismus immer offensiver geäußert. Israel wird das Existenzrecht abgestritten und die Politik des jüdischen Staates mit dem Nationalsozialismus in Verbindung gebracht. Während die Heftigkeit der Kritik an Israel kaum zu übertreffen ist, wird über die unterdrückerischen Verhältnisse in arabischen Staaten geschwiegen und die Situation im Iran beschönigt. Die Anwendung *doppelter Standards* wird durch die Forderung nach Zusammenarbeit mit radikalen Islamisten ergänzt. Auch wenn die offene Kooperation mit Islamisten und Terrororganisationen, wie sie bei der Gaza-Flottille geschah, noch die Ausnahme darstellt, könnte darin ein Trend manifest werden: der einer links-jihadistischen Querfront.

Noch sind die Auseinandersetzungen innerhalb der Linkspartei nicht entschieden, aber die Entwicklung vollzieht sich zuungunsten der pragmatischen und reformorientierten Kräfte. Aufgrund der Relevanz der Linkspartei im europäischen Kontext könnte der Ausgang der Entwicklung auch folgenschwer für die europäische Linke im Allgemeinen sein. Sollte der antizionistische Antisemitismus zur Mehrheitsposition werden, bleibt zu hoffen, dass ein Grundsatz der bisherigen deutschen Politik gewahrt bleibt: Antisemiten können keine Koalitionspartner sein.